

KV-Nr.: 2236

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt)  
aus 8 Blatt und ist vollständig  
durchnummeriert.

Der Aufgabentext ist zu Beginn auf  
Vollständigkeit zu überprüfen.

**Gereon Theiss**  
Rechtsanwalt

**Karin Hardtke**  
Rechtsanwältin

**Dr. Ricarda Sörensen**  
Rechtsanwältin und  
Fachanwältin für Strafrecht

**Henry Wittenfeld**  
Rechtsanwalt

Königswall 87  
44173 Dortmund  
Telefon: 0231/39081  
Telefax: 0231/5332

Datum: 17.06.1999

Rae Theiss und Partner Postfach 11245 44231 Dortmund

1.

Vermerk:

Es erscheint

Herr Martin Feldmann

Bauksheide 4

44328 Dortmund

und überreicht folgende Unterlagen:

- Ausfertigung eines Strafbefehls des AG Dortmund vom 11.06.1999
- Schreiben der Westdeutsche Lotterie GmbH & Co., Münster, vom 08.04.1999

Zur Sache berichtet er folgendes:

Im Frühjahr habe ich mich gegenüber dem Versandhaus Heinen in Gütersloh recht dumm angestellt. Ich hatte dort unter meinem üblicherweise geführten Namen „Martin Feldmann“ mit Angabe meines Geburtsdatums schon 1995 und 1996 für ungefähr 5.000 DM Waren bestellt. Durch meine Arbeitslosigkeit konnte ich aber ungefähr 3.000 DM nicht mehr zahlen. Ich kam deshalb auf die sogenannte „Sperrliste“ dieses Versandhauses, und auch der Gerichtsvollzieher war deshalb zweimal vergeblich bei mir. Im April 1999 habe ich dann im Lotto zweimal einen Fünfer gehabt und knapp 7.000 DM gewonnen. Anstatt meine Schulden bei Heinen zu zahlen, wollte ich etwas von dem Geld haben. Im Katalog von Heinen war eine sehr schicke Leder-Couchgarnitur für 4.298,-- DM, die auch meiner Frau und meiner Tochter gut gefallen hat. Ich ging aber davon aus, dass ich als Martin Feldmann nichts mehr bekommen würde. Ich bin dann darauf gekommen, dass ich unter einem anderen Namen bestellen müsste. Ich wusste, dass man keinen falschen Namen verwenden darf. Außerdem hätte ich

die Waren ja auch gar nicht geliefert bekommen. Also habe ich die Bestellkarte mit meinem zweiten Vornamen Peter, den ich normalerweise nicht verwende, ausgefüllt und mich beim Geburtsdatum zehn Jahre jünger gemacht. Die von mir mit „Peter Feldmann“ unterschriebene Bestellkarte habe ich dann an die Firma Heinen gefaxt. Bezahlt hätte ich die Couchgarnitur von dem Lottogewinn.

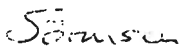
Bei der Firma Heinen hat man den Schwindel jedoch gleich bemerkt. Die Ware bekam ich nicht, dafür aber Besuch durch die Polizei. Ohne Hausdurchsuchungsbefehl, sondern wegen angeblicher „Gefahr im Verzug“ wurde bei mir eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Dabei wurden mir zwei sogenannte „Durchsuchungszeugen“ präsentiert, die beide aus der Nachbarschaft stammten. Auf meinen Wunsch wurden sie aber wieder weggeschickt. Bei der Durchsuchung hat die Polizei die Bestellkarte gefunden und mitgenommen. Ich habe dagegen ohne Erfolg protestiert.

Der Mandant unterzeichnete eine schriftliche Vollmacht und bat um Überprüfung, ob es aussichtsreich sei, gegen den Strafbefehl vorzugehen.

Es wurde ein Besprechungstermin zum 24.06.1999 vereinbart.

2.

Wv.

  
Rechtsanwältin

## 3

-----  
Anschrift und Fernruf

Gerichtsstr. 22, 44135 Dortmund

Verteidiger:

4

Dieser Strafbefehl wird rechtskräftig und vollstreckbar, wenn Sie nicht **Innerhalb von zwei Wochen nach der Zustellung** bei dem umstehend bezeichneten Amtsgericht schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle **Einspruch** einlegen. Bei schriftlicher Einlegung ist die Frist nur gewahrt, wenn die Einspruchsschrift vor Ablauf von zwei Wochen bei dem Gericht eingegangen ist. Sie können den Einspruch auf bestimmte Beschwerdepunkte beschränken. In der Einspruchsschrift können Sie auch weitere Beweismittel (Zeugen, Sachverständige, Urkunden) angeben. Ist der Einspruch verspätet eingelegt oder sonst unzulässig, so wird er ohne Hauptverhandlung durch Beschluß verworfen. Andernfalls findet eine Hauptverhandlung statt. In dieser entscheidet das Gericht nach neuer Prüfung der Sach- und Rechtslage. Dabei ist es an den in dem Strafbefehl enthaltenen Ausspruch nicht gebunden, soweit sich der Einspruch auf ihn bezieht.

Gegen die Entscheidung über die Verpflichtung, Kosten oder notwendige Auslagen zu tragen, können Sie, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 200,— DM übersteigt, bei dem umstehend bezeichneten Amtsgericht  **binnen einer Woche nach Zustellung allein oder neben dem Einspruch schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde einlegen.**

Die Wochenfristen beginnen mit dem Tage der Zustellung, der auf dem Briefumschlag vermerkt ist, und enden mit dem Ablauf des entsprechenden Tages der zweiten Woche (im Falle des Einspruchs) bzw. der folgenden Woche (im Falle der sofortigen Beschwerde). Fällt das Ende der Frist auf einen Sonntag, einen allgemeinen Feiertag oder einen Sonnabend, so endet die Frist mit Ablauf des nächsten Werktages.

Die schriftliche Rechtsmitteleinlegung muß in deutscher Sprache erfolgen.



Haak, RichterIn

Ausgefertigt:

*Stein*

(Name, Amtsbezeichnung)  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

Stein, JAI als U.d.G.

**Zahlen Sie bitte nur nach schriftlicher Aufforderung.**

Die Staatsanwaltschaft wird Ihnen nach Rechtskraft eine Zahlungsaufforderung übersenden, in der auch die Verfahrenskosten berechnet sein werden.

**Westdeutsche Lotterie GmbH & Co.**

Weseler Str. 108

48151 Münster

Münster, den 08. April 1999

Herrn  
Martin Feldmann  
Bauksheide 4  
44328 Dortmund

### **Gewinnbenachrichtigung**

Sehr geehrter Herr Feldmann,

wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, dass Sie in der Ausspielung des Samstags-Lotto vom 03.04.1999 zwei Gewinne in der Klasse 3 erzielt haben. Ihr Gesamtgewinn beträgt

6.984,60 DM (zweimal 3.492,30 DM).

Die Auszahlung des Gewinnes wird bis zum 18.04.1999 erfolgen. Bitte teilen Sie uns Ihre Bankverbindung mit.

Mit freundlichen Grüßen

  
(Geschäftsführer)

## Rechtsanwälte

Rae Theiss und Partner Postfach 11245 44231 Dortmund

**Gereon Theiss**  
Rechtsanwalt

**Karin Hardtke**  
Rechtsanwältin

**Dr. Ricarda Sörensen**  
Rechtsanwältin und  
Fachanwältin für Strafrecht

**Henry Wittenfeld**  
Rechtsanwalt

Königswall 87  
44173 Dortmund  
Telefon: 0231/39081  
Telefax: 0231/5332

Datum: 18.06.1999

1.

Vermerk:

- a) Ich habe Einsicht in die Akten des Verfahrens 12 Cs 31 Js 423/99 genommen und eine Ablichtung des Abschlussberichts des POM Pauli gefertigt.
- b) Ausweislich des in der Akte befindlichen BZR-Auszuges ist der Mandant nicht vorbestraft. Ausweislich der Zustellungsurkunde ist dem Mandanten der Strafbefehl am 16.06.1999 zugestellt worden.

2.

Wv

*Sörensen*  
Rechtsanwältin

2. KK

Tgb.-Nr. 23154B/99

Abschlussbericht

Am 14.04.1999 ging hier eine Anzeige des Versandhauses Heinen aus Gütersloh gegen den Beschuldigten Martin Feldmann wegen des Verdachts der Urkundenfälschung und des Betruges ein.

Am 11.04.1999 war dort per Telefax von einem angeblichen Peter Feldmann, geb. angeblich am 10.03.1959, eine Bestellung aufgegeben worden. Durch hausinterne Überprüfungen, insbesondere einen Unterschriften- und Adressenvergleich, entstand bei der Firma Heinen der Verdacht, dass der wirkliche Besteller der - dort gesperrte - Beschuldigte sei.

Am 18.04.1999 durchsuchten POM Kleinert und der Unterzeichnete deshalb wegen Gefahr im Verzug ohne richterliche Anordnung die Wohnung des Beschuldigten in Dortmund. Unmittelbar neben dem kombinierten Telefon- und Telefaxgerät fand sich das mit „Peter Feldmann, geb. am 10.03.1959“ ausgefüllte und unterschriebene Original der in der Anzeige vorgelegten Bestellung. Diese wurde - neben ausreichendem Material an weiteren Schriftproben - sofort beschlagnahmt. Das eingeholte Gutachten des Schriftsachverständigen KHK Müller ergab inzwischen eindeutig, dass die Bestellkarte vom Beschuldigten ausgefüllt wurde.

Der Beschuldigte machte bei seiner im Anschluss an die Durchsuchung durchgeführten Beschuldigtenvernehmung keine Angaben zur Sache.

Pauli  
(Pauli, KK)



### Vermerk für die Bearbeitung

Die Angelegenheit ist aus anwaltlicher Sicht zu bearbeiten.  
Dabei sollen auch Überlegungen zur Zweckmäßigkeit des Vorgehens angestellt werden.

Sollte eine Frage für beweiserheblich gehalten werden, so ist eine Prognose zu der Beweislage (z.B. Qualität der Beweismittel etc.) zu erstellen.

Werden Anträge an ein Gericht oder eine Behörde empfohlen, so sind diese am Ende des Vortrages auszuformulieren.

Die Formalien (Ladungen, Vollmachten und Unterschriften) sind in Ordnung).

Prüfervermerk zur Vortragsakte

Dem Vortrag liegt die Austauschklatur der Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft des LJPA Bayern zugrunde. Dieser Vermerk ist **keine Musterlösung**. Er soll lediglich auf die Probleme hinweisen, die das Prüfungsamt veranlasst haben, die Aufgabe für einen Aktenvortrag auszugeben.

A. Der Beschuldigte Feldmann (F) dürfte sich durch die Angabe seines zweiten, im Rechtsverkehr von ihm nicht verwendeten Vornamens Peter gegenüber dem Versandhaus Heinen nicht wegen versuchten Betruges, §§ 263 I, II, 22, 23 I StGB, strafbar gemacht haben. Es dürfte bereits am Vorsatz zu täuschen fehlen. Wer bei einem Versandhaus Ware ohne weitere Erklärung bestellt, tut damit nach der Verkehrsauffassung zwar schlüssig kund, dass er jedenfalls zum Fälligkeitszeitpunkt zur vollständigen Zahlung in der Lage ist (Tröndle/Fischer, 49. A., 1999, § 263/7). Dies war F jedoch auch, weil er durch seinen Lottogewinn jedenfalls in den darauffolgenden Tagen mit Sicherheit in den Besitz einer Geldsumme gekommen ist, die ihm eine problemlose Begleichung der Rechnung gestattet hätte. F dürfte auch zahlungswillig gewesen sein. Trotz der Verwendung seines ungebräuchlichen zweiten Vornamens und des falschen Geburtsdatums wollte er dadurch nicht seine Zahlungspflicht umgehen, sondern lediglich den Sperrvermerk beim Versandhaus.

F dürfte auch nicht dadurch, dass er trotz Erhalts des Lottogewinnes nicht seine Altschulden begleichen wollte, wegen versuchten Betruges strafbar sein. Mangels ausdrücklicher oder konkludenter Täuschung kommt nur eine Täuschung durch Unterlassen gem. § 13 StGB in Betracht. Ein Schuldner hat indes keine Verpflichtung, einen Gläubiger von sich aus auf eine wieder eingetretene Zahlungsfähigkeit hinzuweisen. Im Übrigen würde hier die Stoffgleichheit (vgl. Tröndle/Fischer, § 263/39) zwischen erstrebtem Vermögensvorteil (Sofa) und bereits entstandenem Schaden (Altschulden) fehlen.

B. F könnte jedoch wegen Urkundenfälschung, § 267 I StGB, strafbar sein. Die von F ausgefüllte Bestellkarte wird mit der Unterzeichnung durch F zur Urkunde. Unecht ist die Urkunde, wenn sie nicht von dem aus der Urkunde erscheinenden Aussteller herrührt. Dies dürfte auch beim Vorgehen des F der Fall sein, da durch den Gebrauch eines zwar echten, aber üblicherweise nicht gebrauchten zweiten Vornamens und des unrichtigen Geburtsdatums der Eindruck erweckt werden kann, die jetzt als Besteller auftretende Person sei nicht mit einem bereits früher in Erscheinung getretenen Kunden identisch (vgl. BGH, NJW 1994, 2628; Tröndle/Fischer, § 267/26). F hat die Urkunde hergestellt und sie durch das spätere Absenden per Fax auch - mittelbar - gebraucht. F handelte vorsätzlich und zur Täuschung im Rechtsverkehr.

C. Die Urkundenfälschung dürfte F nachgewiesen werden können. Das Ausfüllen und Unterschreiben der Bestellung dürfte F mit Hilfe des beschlagnahmten Originals und des Schriftgutachtens nachgewiesen werden können.

I. Allerdings dürfte die Hausdurchsuchung rechtswidrig gewesen sein. Zwar erlaubt § 102 StPO eine Hausdurchsuchung beim Tatverdächtigen, falls aufgrund kriminalistischer Erfahrung tatsächliche Anhaltspunkte bestehen, dass dabei Beweismittel vorgefunden werden können (vgl. Kleinknecht/Meyer/Goßner, 42. A., 1999, § 102/2). Für den Tatverdacht genügte dabei ein Anfangsverdacht (Kleinknecht/Meyer-Goßner, § 102/3), der angesichts der Anzeige des Versandhauses und der darin mitgeteilten Tatsachenvorlage. Da gerade bei der Übermittlung einer Bestellung per Fax anzunehmen ist, dass das Original jedenfalls bis zur Lieferung beim Besteller bleibt, konnte man damit rechnen, bei F Beweismittel zu finden. Der Verzicht von F auf die angebotenen Durchsuchungszeugen war möglich und wirksam, § 105 StPO (Kleinknecht/Meyer-Goßner, § 105/12).

II. Es lag jedoch keine Gefahr im Verzug vor, die eine Durchsuchung durch die Polizei ohne richterlichen Beschluss zugelassen hätte. Gefahr im Verzug hätte nur bestanden, wenn ohne die Einholung der richterlichen Anordnung eine Vereitelung des Durchsuchungserfolges zu befürchten gewesen wäre (Kleinknecht/Meyer-Goßner, § 98/6). Indes hätte zwischen Anzeigeneingang und Durchsuchung ohne weiteres eine richterliche Entscheidung eingeholt werden können. Zum anderen war nicht zu befürchten, dass F von den Ermittlungen Kenntnis erlangen und damit Beweismittel beseitigen könnte.

III. Die Fehlerhaftigkeit der Durchsuchung führt jedoch zu keinem Beweisverwertungsverbot (Kleinknecht/Meyer-Goßner, § 94/21). Denn rechtswidrig wäre hier nicht die Anordnung der Durchsuchung, sondern lediglich die unterlassene Herbeiführung des gerichtlichen Beschlusses. Der dem Rechtsstaatsprinzip innewohnende Grundsatz einer effektiven Rechtspflege gebietet es, Ergebnisse an sich statthafter Maßnahmen zu verwerten und den Formverstoß mit den dafür zur Verfügung stehenden Sanktionen, etwa mit einem disziplinarischen Vorgehen gegen die Polizeibeamten, zu ahnden.

IV. Das Original der Bestellkarte kommt als Beweismittel für die Tatbestände in Betracht. Wird sie nicht freiwillig herausgegeben, kann sie beschlagnahmt werden, § 94 I, II StPO. Ein Fall des § 97 StPO liegt nicht vor. Im Gegensatz zur Durchsuchung konnte sich der Polizeibeamte bei der Beschlagnahme auch auf Gefahr im Verzug gem. § 98 I 1 StPO stützen, da bei Belassen der Urkunde bei F nach Beginn der Durchsuchung die Gefahr der Vernichtung dieses Beweismittels bestanden hätte.

D. Es dürfte zweckmäßig sein, gegen den Strafbefehl in vollem Umfang Einspruch einzulegen, da nur so eine Verurteilung unter dem Gesichtspunkt des nicht verwirklichten Tatbestandes des versuchten Betruges verhindert werden kann. Allein der Wegfall dieses tatteinheitlich verwirklichten Tatbestandes dürfte schon zu einer gewissen Strafmilderung führen. Die Einspruchsfrist gegen einen Strafbefehl beträgt gem. § 410 I StPO zwei Wochen nach Zustellung. Der Einspruch müsste also bis zum Ablauf des 30.06.1999 beim AG Dortmund eingegangen sein. Rechtsanwältin Sörensen sollte ihrem Mandanten raten, sich zur Sache zu äußern. Da ein erheblicher Teil der F entlastenden Umstände im Bereich seiner Motivation liegt, kann er diese nur durch eine Einlassung zur Sache vorbringen.

Textkontrolle: StPO, StGB